

Gericht: VGH
Aktenzeichen: 11 B 19.33187
Sachgebietsschlüssel: 1810

Rechtsquellen:

GG Art. 16a
AsylG § 3 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 Buchst. a, § 3a, § 3b Abs. 1 Nr. 2

Hauptpunkte:

Asylrecht (Russische Föderation)
Zeugen Jehovas
staatliche Verfolgung wegen der Religionszugehörigkeit

Leitsätze:

Zeugen Jehovas, für die die öffentlich wahrnehmbare Glaubensausübung zentrales Element ihrer religiösen Identität ist, unterliegen in der Russischen Föderation einer flüchtlingsrechtlich relevanten Verfolgung wegen ihrer Religion.

Urteil des 11. Senats vom 9. November 2021
(VG Bayreuth, Entscheidung vom 18. April 2019, Az.: B 9 K 19.30036)

11 B 19.33187
B 9 K 19.30036

*Großes Staats-
wappen*

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

** *** *****

* . ***** (*** . ** . ** . ****),
* . ***** (*** . ** . ** . ****),

- ***** -

***** ** * ** * .
***** ,
***** ** , ***** ,

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 61E Prozessführung,
Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg,

- Beklagte -

beteiligt:
Landesanwaltschaft Bayern
als Vertreter des öffentlichen Interesses,
Ludwigstr. 23, 80539 München,

wegen

Vollzugs des Asylgesetzes (Russische Föderation);
hier: Berufung der Kläger gegen das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts
Bayreuth vom 18. April 2019,

erlässt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, 11. Senat,

durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgerichtshof Dr. Borgmann,
die Richterin am Verwaltungsgerichtshof Peltz,
den Richter am Verwaltungsgerichtshof Derpa

aufgrund mündlicher Verhandlung vom 8. November 2021 am **9. November 2021**
folgendes

Urteil:

- I. Unter Abänderung des Urteils des Verwaltungsgerichts Bayreuth vom 18. April 2019 und entsprechender Aufhebung des Bescheids des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vom 7. Januar 2019 wird die Beklagte verpflichtet, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen und sie als Asylberechtigte anzuerkennen.
- II. Die Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens in beiden Rechtszügen. Gerichtskosten werden nicht erhoben.
- III. Das Urteil ist im Kostenpunkt gegen Sicherheitsleistung in Höhe des zu vollstreckenden Betrags vorläufig vollstreckbar.
- IV. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

- 1 Die Kläger begehren in erster Linie die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft und ihre Anerkennung als Asylberechtigte. Sie machen geltend, ihnen drohe bei einer Rückkehr in die Russische Föderation Verfolgung wegen ihrer Glaubensbetätigung als Zeugen Jehovas.
- 2 Die Kläger sind miteinander verheiratet und Staatsangehörige der Russischen Föderation. Am ** ***** 2018 reisten sie zusammen mit ihrer **** geborenen Tochter mit einem touristischen Visum auf dem Luftweg direkt aus Moskau kommend in die Bundesrepublik Deutschland ein, wo sie am *** ***** 2018 die Anerkennung als Asylberechtigte beantragten.

- 3 Bei seiner Anhörung am *** ***** 2018 gab der Kläger zur Begründung an, er sei seit 2005 Zeuge Jehovas und vor der Ausreise einer von vier Ältesten der Gemeinde in T*** gewesen, die etwa 100 Mitglieder zähle. Er habe im Rahmen dieser Tätigkeit Treffen organisiert und geleitet, gepredigt, Predigerhilfe geleistet und Taufen mitorganisiert. Er sei dafür verantwortlich gewesen, dass die Stadtteile zwischen den Glaubensschwestern und -brüdern aufgeteilt und dass Versammlungen organisiert sowie durchgeführt werden. Seit der Schließung ihres Königreichsaals habe es regelmäßig – jede Woche bzw. alle zwei Wochen – Treffen von kleineren Gruppen in der Wohnung der Kläger gegeben. Er habe auch missioniert, zuletzt am Sonntag vor der Ausreise. Abgesehen von einer Ansprache durch einen Polizisten im Jahr 2012 oder 2013 in ihrem früheren Wohnort K***** habe er wegen seines Glaubens nie Probleme mit der Polizei oder anderen staatlichen Behörden gehabt. Es habe jedoch mehrere Vorfälle gegeben. Während der Versammlungen sei drei- bis viermal an der Wohnungstür geklingelt worden; die Tür sei aber nicht geöffnet worden und es sei nichts passiert. Am 30. Oktober 2018 habe er eine Kurzpredigt in zwei Gruppen hinter einem Geschäft in der Nähe eines kleinen Waldes halten sollen. Nachdem dort aber ein Auto mit offenem Fenster im Halteverbot gestanden sei, habe er die Predigt nicht durchgeführt. Bei anderen Zeugen Jehovas seiner Gemeinde habe die Polizei geklingelt und sich auch nach Versammlungen bei einem anderen Ältesten erkundigt. Er habe zudem den Eindruck, dass sein Handy abgehört worden sei, und fühle sich gefährdet, weil andere Glaubensbrüder ihn regelmäßig angerufen hätten. Vor der Ausreise habe er gemeinsam mit seiner Frau in ständiger Angst gelebt, u.a. vor einer Verhaftung und davor, dass man ihnen das Sorgerecht für ihre Tochter entziehen könne. Deswegen hätten sie sich für die Ausreise entschieden. Die anderen drei Ältesten seiner Gemeinde lebten noch in Russland und seien sehr vorsichtig weiterhin aktiv. Eine dieser Familien haben noch keine Kinder, bei den beiden anderen seien die Kinder schon groß.
- 4 Die Klägerin erklärte, sie sei seit 2009 Zeugin Jehovas und vor der Ausreise allgemeine Pionierin gewesen. Sie habe noch im November 2018 missioniert, zuletzt aus Furcht aber nur vier bis sechs Stunden im Monat, obwohl sie an sich eine Tätigkeit von nicht weniger als 70 Stunden versprochen habe. Sie habe ständig Angst gehabt, vor allem davor, das Sorgerecht für ihre Tochter zu verlieren. Zudem fühle sie sich seelisch ausgehungert, weil sie ihren Glauben nicht mehr frei ausüben dürften und verbergen müssten, u.a. sich nicht mehr festlich kleiden, nicht singen und keine Literatur mehr nutzen könnten.

- 5 Mit Bescheid vom 7. Januar 2019 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Antrag auf Asylanerkennung abgelehnt, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft und den subsidiären Schutzstatus nicht zuerkannt, Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 Satz 1 AufenthG verneint und die Kläger unter Androhung der Abschiebung zur Ausreise aufgefordert. Weder erreichten die geschilderten Vorfälle die Intensität einer individuellen Vorverfolgung noch die in einzelnen Fällen gegen andere Zeugen Jehovas verhängten Haftstrafen die für die Annahme einer Gruppenverfolgung erforderliche Verfolgungsdichte.
- 6 Mit Schriftsatz ihres Prozessbevollmächtigten vom 14. Januar 2019 haben die Kläger für sich und ihre Tochter Klage beim Verwaltungsgericht Bayreuth erheben lassen.
- 7 Mit Urteil vom 18. April 2019 hat das Verwaltungsgericht die Klage abgewiesen. Die Kläger seien nicht individuell vorverfolgt aus der Russischen Föderation ausgeweist. Die Kammer habe zwar keine Zweifel daran, dass sie tatsächlich Zeugen Jehovas seien und ihren Glauben auch in der Bundesrepublik Deutschland fortlebten. Die von ihnen geschilderten Vorfälle in der Russischen Föderation blieben jedoch unterhalb der Intensitätsschwelle für eine flüchtlingsrechtlich relevante individuelle Verfolgungshandlung. Sie seien nach eigenen Angaben nicht wesentlich in ihrer Religionsausübung eingeschränkt gewesen und hätten sich bis zu ihrer Ausreise – wenn auch unter Vorsichtsmaßnahmen – zu Versammlungen treffen und missionieren können. Den Klägern drohe im Fall ihrer Rückkehr auch nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine Verfolgung durch russische Sicherheitsbehörden oder Gerichte wegen ihrer Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas im Sinne einer Gruppenverfolgung. Für ein staatliches Verfolgungsprogramm gebe es trotz des Verbots der Zeugen Jehovas und der daran anknüpfenden Strafbarkeit der Ausübung ihres Glaubens keinen Anhaltspunkt. Maßgeblich sei, ob die Strafnormen in der Praxis angewandt würden. Die russischen Behörden gingen zwar gezielt gegen einzelne Zeugen Jehovas und deren Religionsausübung vor. Die Absicht der Vernichtung oder Vertreibung der Zeugen Jehovas aus dem Staatsgebiet sei daraus aber nicht ersichtlich. Die Annahme einer alle Gruppenmitglieder erfassenden gruppengerichteten Verfolgung setze daher eine bestimmte Verfolgungsdichte voraus, an der es hier fehle. Seit April 2017 seien mindestens 85 strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet worden; 27 Zeugen Jehovas säßen in Untersuchungshaft, 17 befänden sich im Hausarrest und 31 weitere dürften ihren Wohnort nicht verlassen. Auch bei Zugrundelegung der von den Klägern genannten Zahl von insgesamt 82 Inhaftierungen ergebe sich angesichts von mehr als 170.000 Zeugen Jehovas in ganz Russland eine rechnerische Verfolgungsdichte von

maximal 0,048 % innerhalb von zwei Jahren; es sei also lediglich einer von 2.100 Zeugen Jehovas von einer Verhaftung betroffen gewesen. Eine vergleichbare Relation ergebe sich bei Berücksichtigung der Hausdurchsuchungen. Dies könne die Annahme, dass jeder Angehörige der 170.000 Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit damit rechnen müsse, in einer noch überschaubaren Zeit Opfer von Verfolgungsmaßnahmen zu werden, nicht rechtfertigen. Bestätigt werde dies durch die Angaben der Kläger. Dass Gottesdienste bzw. Versammlungen in kleinen Gruppen zwei- bis dreimal in der Woche in privaten Räumlichkeiten stattgefunden und sie unter Sicherheitsvorkehrungen bis zur Ausreise missioniert hätten, zeige, dass die Zeugen Jehovas ihren Glauben nach dem Verbot weiterhin praktizierten und kein Verzicht auf die öffentliche Glaubensbetätigung erfolge. Es erscheine lebensfremd, dass sich die russischen Behörden, wären sie tatsächlich an einer konsequenten Durchsetzung des Verbots interessiert, sich von den „Tarnmaßnahmen“ der Zeugen Jehovas täuschen ließen. Es bestehe auch keine beachtliche Wahrscheinlichkeit für eine Entziehung des Sorgerechts wegen der Zugehörigkeit zu den Zeugen Jehovas, da die rechtliche Möglichkeit dazu bislang noch nie genutzt worden sei. Die Gefahr erhöhe sich im Falle des Klägers auch nicht aufgrund einer besonders exponierten Stellung als sog. Ältester. Diesen komme zwar eine herausgehobene Funktion zu. Es gebe jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass gerade Älteste einer erhöhten Verfolgung ausgesetzt seien; ein systematisches, an der Hierarchie der Glaubensgemeinschaft ausgerichtetes Vorgehen staatlicher Stellen lasse sich den Angaben der Kläger sowie den Erkenntnismitteln nicht entnehmen. Hiergegen spreche auch, dass die drei weiteren Ältesten in der Gemeinde der Kläger ihren Dienst ohne Zwischenfälle weiterführten. Demnach lägen auch die engeren Voraussetzungen für eine Anerkennung als Asylberechtigte nicht vor.

- 8 Zur Begründung der vom Senat wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassenen Berufung lassen die Kläger ausführen, die vorliegenden Erkenntnisse sprächen dafür, dass es den Organen der Russischen Föderation nicht nur um die Zerschlagung der Organisation der Zeugen Jehovas als solcher gehe, sondern auch um die Sanktionierung individueller glaubensgeleiteter Verhaltensweisen. Diese Umstände rechtfertigten die Annahme eines staatlichen Verfolgungsprogramms, zumal Staatsanwälte und Abgeordnete die Bevölkerung im Fernsehen dazu aufriefen, die Zeugen Jehovas bei der Polizei zu melden. Eine rein quantitative Ermittlung der Verfolgungswahrscheinlichkeit scheidet schon deswegen aus, weil sich den Erkenntnismitteln keine verlässlichen Hinweise darauf entnehmen ließen, dass die russischen Strafverfolgungsbehör-

den eine an sich strafrechtlich relevante Religionsausübung der Zeugen Jehovas geduldet hätten. Eine rechnerische Ermittlung des Verfolgungsrisikos könne aber nur dann sinnvoll erfolgen, wenn sich die Zahl der Zeugen Jehovas, die ihre Religion vom Staat geduldet oder toleriert öffentlich oder gemeinschaftlich ausüben, bestimmen ließe. Nur die Relation der Anzahl strafrechtlicher Sanktionen und vom russischen Staat tolerierter, an sich strafbarer Verhaltensweisen könne Aufschluss über die Verfolgungswahrscheinlichkeit geben. Eine Ermittlung der Verfolgungsgefahr anhand der eingeleiteten Ermittlungsverfahren lasse im Übrigen diejenigen außer Betracht, die aus Furcht vor Verfolgung auf eine verfolgungsträchtige Religionsausübung verzichteten. Diese Dunkelziffer lasse sich nicht sinnvoll ermitteln; es liege jedoch nahe, dass eine nicht unerhebliche Zahl der Angehörigen der Religionsgemeinschaft bestimmte Formen der Religionsausübung, namentlich öffentliche und gemeinschaftliche Formen, nur aus Furcht vor Verfolgung unterlasse. Die vom Verwaltungsgericht angeführte geringe Zahl der Verfolgten lasse sich nicht darauf zurückführen, dass die russische Polizei die Straftaten nicht verfolgen wolle oder sie toleriere. Diese sei lediglich nicht in der Lage, alle Straftaten sofort aufzudecken. Die tendenziell weiter steigende Zahl von Verhaftungen der Zeugen Jehovas lasse auf eine flächendeckende landesweite Strafverfolgung sowie die Intention schließen, die Religionsgemeinschaft – im Sinne eines Verfolgungsprogramms – jedenfalls sukzessive zu zerschlagen. Ferner erhöhe sich die Gefahr bei einer exponierten Stellung als sog. Dienstadtmitarbeiter oder Ältester, da die Strafverfolgungsbehörden in erster Linie diese im Blick hätten. Unabhängig davon stellten bereits das Verbot der religiösen Gemeinschaft sowie das Vereinsverbot eine individuelle Verfolgung dar, da die kollektive Religionsausübung für Zeugen Jehovas ein wesentlicher Bestandteil ihres religiösen Selbstbewusstseins sei. Missionstätigkeit sowie die Abhaltung von öffentlichen und privaten Versammlungen seien zentrale Glaubensinhalte der Zeugen Jehovas und auch für die Kläger identitätsprägend. Gemessen an den Voraussetzungen, unter denen das Bundesverfassungsgericht einen asylverweigernden Eingriff in die Religionsausübung bejahe, verbleibe den Zeugen Jehovas kein elementarer Bereich, den sie als „religiöses Existenzminimum“ zu einem Leben- und Bestehenkönnen als sittliche Person benötigten. Sie hätten nicht einmal die Möglichkeit, ihre Religion in der privaten Wohnung auszuüben.

9 Die Kläger beantragen,

10 das Urteil des Verwaltungsgerichts Bayreuth vom 18. April 2019 zu ändern,
den Bescheid der Beklagten vom 7. Januar 2019 aufzuheben und die Beklagte
zu verpflichten, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen und sie
als Asylberechtigte anzuerkennen, hilfsweise die Beklagte zu verpflichten, den
Klägern den subsidiären Schutzstatus zuzuerkennen, weiter hilfsweise die Be-
klagte zu verpflichten, Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG
festzustellen.

11 Die Beklagte beantragt,

12 die Berufung zurückzuweisen.

13 Die für eine Gruppenverfolgung erforderliche Verfolgungsdichte sei nicht erkennbar.
Die bekannt gewordenen Strafverfahren richteten sich nicht gegen die Ausübung des
Glaubens, sondern gegen die Organisation und Finanzierung einer „extremistischen
Organisation“. Es lägen keine Quellen vor, die darauf schließen ließen, dass die Glau-
bensausübung des Einzelnen, insbesondere das von den Zeugen Jehovas praktizierte
„Predigen“, also das Ansprechen und Missionieren von Außenstehenden, oder die Zu-
sammenkunft an als Königsreichssälen designierten Orten nicht mehr möglich sei, wo-
bei es sich allerdings nicht mehr um die offiziellen Königsreichssäle handeln dürfte.

14 Der Senat hat Beweis erhoben durch Einholung von Auskünften des Auswärtigen
Amts, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und von Amnesty International zur Situa-
tion der Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation. Auf die hierzu vorliegenden
Auskünfte (AA vom 6.4.2020, SFH vom 2.12.2020, AI vom 6.8.2021) wird Bezug ge-
nommen. Nach Meinung der Kläger geht daraus hervor, dass die russischen Strafver-
folgungsbehörden in jedem Verdachtsfall ein Strafverfahren einleiteten und die Absicht
hätten, die Religion der Zeugen Jehovas auszurotten. Die Beklagte meint hingegen,
die eingeholten Auskünfte zeichnen angesichts der genannten verhältnismäßig ge-
ringen Anzahl eingeleiteter Strafverfahren nicht das Bild einer planmäßigen systema-
tischen Vertreibung oder Vernichtung.

15 Soweit das Verfahren die Klage der Tochter betrifft, wurde es abgetrennt und ruht der-
zeit (11 B 21.31558).

- 16 Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Gerichtsakten beider Instanzen und die vorgelegten Behördenakten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

- 17 Die zulässige Berufung ist begründet.
- 18 Die Kläger haben im maßgeblichen Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung (§ 77 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 des Asylgesetzes [AsylG] vom 2.9.2008 [BGBl I S. 1798], zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9.7.2021 [BGBl I S. 2467]), Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 Abs. 1 AsylG und auf Anerkennung als Asylberechtigte gemäß Art. 16a GG. Der ablehnende Bescheid der Beklagten vom 7. Januar 2019 ist rechtswidrig und verletzt die Kläger in ihren Rechten (§ 113 Abs. 5 Satz 1 VwGO).
- 19 1. Nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 Buchst. a AsylG ist ein Ausländer Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 (BGBl 1953 II S. 559), wenn er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb des Landes (Herkunftsland) befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und dessen Schutz er nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will.
- 20 1.1. Als Verfolgung gelten nach § 3a Abs. 1 AsylG Handlungen, die auf Grund ihrer Art oder Wiederholung so gravierend sind, dass sie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellen, insbesondere der Rechte, von denen nach Art. 15 Abs. 2 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) keine Abweichung zulässig ist (§ 3a Abs. 1 Nr. 1 AsylG), oder Handlungen, die in einer Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen, einschließlich einer Verletzung der Menschenrechte, bestehen, die so gravierend ist, dass eine Person davon in ähnlicher wie der in Nummer 1 beschriebenen Weise betroffen ist (§ 3a Abs. 1 Nr. 2 AsylG). Als Verfolgung im Sinne des § 3a Abs. 1 Nr. 1 bis 6 AsylG gelten unter anderem die Anwendung physischer oder psychischer Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, gesetzliche, administrative, polizeiliche oder justizielle Maßnahmen, die als solche diskriminierend sind oder in diskriminierender Weise angewandt werden, unverhältnismäßige oder diskriminierende Strafverfolgung

oder Bestrafung, die Verweigerung gerichtlichen Rechtsschutzes mit dem Ergebnis einer unverhältnismäßigen oder diskriminierenden Bestrafung und Handlungen, die an die Geschlechtszugehörigkeit anknüpfen. Gemäß § 3a Abs. 3 AsylG muss zwischen den in § 3 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. den in § 3b Abs. 1 und 2 AsylG genannten Verfolgungsgründen und den in § 3a Abs. 1 und 2 AsylG als Verfolgung eingestuften Handlungen oder dem Fehlen von Schutz vor solchen Handlungen eine Verknüpfung bestehen.

- 21 1.2. Gemäß § 3e AsylG wird einem Ausländer die Flüchtlingseigenschaft nicht zuerkannt, wenn er in einem Teil seines Herkunftsstaates keine begründete Furcht vor Verfolgung oder Zugang zu Schutz nach § 3d AsylG hat und sicher und legal in diesen Landesteil reisen kann, dort aufgenommen wird und vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich dort niederlässt (sog. inländische Fluchtalternative).
- 22 1.3. Die Furcht vor Verfolgung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 1 AsylG ist begründet, wenn dem Ausländer diese aufgrund der in seinem Herkunftsland gegebenen Umstände in Anbetracht seiner individuellen Lage tatsächlich, d.h. mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht (stRspr, vgl. BVerwG, B.v. 11.12.2019 – 1 B 79.19 – juris Rn. 15; U.v. 20.2.2013 – 10 C 23.12 – BVerwGE 146, 67 = juris Rn. 19; U.v. 1.6.2011 – 10 C 25.10 – BVerwGE 140, 22 Rn. 22). Der Maßstab der beachtlichen Wahrscheinlichkeit erfordert, dass bei einer zusammenfassenden Würdigung des zur Prüfung gestellten Lebenssachverhalts die für eine Verfolgung sprechenden Umstände ein größeres Gewicht besitzen und deshalb gegenüber den dagegen sprechenden Tatsachen überwiegen. Dabei ist eine „qualifizierende“ Betrachtungsweise im Sinne einer Gewichtung und Abwägung aller festgestellten Umstände und ihrer Bedeutung vorzunehmen. Es kommt darauf an, ob in Anbetracht dieser Umstände bei einem vernünftig denkenden, besonnenen Menschen in der Lage des Betroffenen Furcht vor Verfolgung hervorgerufen werden kann (stRspr BVerwG, B.v. 11.12.2019 a.a.O. Rn. 15; U.v. 20.2.2013 a.a.O. Rn. 32 m.w.N.). Wurde der Ausländer bereits vor der Ausreise in seinem Herkunftsland verfolgt bzw. war er von solcher Verfolgung unmittelbar bedroht, ist dies nach Art. 4 Abs. 4 der Richtlinie 2011/95/EU ein ernsthafter Hinweis darauf, dass seine Furcht vor Verfolgung begründet ist; d.h. es besteht die tatsächliche Vermutung, dass sich frühere (unmittelbar drohende) Verfolgungshandlungen bei einer Rückkehr in das Herkunftsland wiederholen werden. Diese Vermutung kann aber widerlegt werden, wenn stichhaltige Gründe die Wiederholungsträchtigkeit solcher Verfolgungshandlungen entkräften, was im Rahmen freier Beweiswürdigung zu beurteilen ist (vgl. BVerwG, U.v. 19.4.2018 – 1 C 29.17 – BVerwGE 162, 44 = juris Rn. 15; U.v. 27.4.2010 – 10 C 5.09 – BVerwGE 136,377 = juris Rn. 23).

- 23 1.4. Der in § 3b Abs. 1 Nr. 2 AsylG näher definierte Verfolgungsgrund der Religion umfasst insbesondere theistische, nichttheistische und atheistische Glaubensüberzeugungen, die Teilnahme oder Nichtteilnahme an religiösen Riten im privaten oder öffentlichen Bereich, allein oder in Gemeinschaft mit anderen, sonstige religiöse Betätigungen oder Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen Einzelner oder einer Gemeinschaft, die sich auf eine religiöse Überzeugung stützen oder nach dieser vorgeschrieben sind.
- 24 1.5. Eine schwerwiegende Verletzung der Religionsfreiheit nimmt das Bundesverwaltungsgericht (U.v. 20.2.2013 – 10 C 23.12 – BVerwGE 146, 67 = juris) unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH, U.v. 5.9.2012 – C-71/11 und C-99/11 – NVwZ 2012, 1612) nicht nur bei gravierenden Eingriffen in die Freiheit des Betroffenen an, seinen Glauben im privaten Rahmen zu praktizieren (forum internum), sondern auch bei solchen in seine Freiheit, diesen Glauben öffentlich zu leben (forum externum). Bei der Bestimmung der Handlungen, die aufgrund ihrer Schwere verbunden mit der ihrer Folgen für den Betroffenen als Verfolgung gelten können, ist auf die Art der ausgeübten Repressionen und ihre Folgen für den Betroffenen abzustellen und nicht darauf, in welche Komponente der Religionsfreiheit eingegriffen wird (BVerwG, a.a.O. Rn. 24). Ein hinreichend schwerer Eingriff in die Religionsfreiheit setzt nicht voraus, dass der Ausländer seinen Glauben nach Rückkehr in sein Herkunftsland tatsächlich in einer Weise ausübt, die ihn der Gefahr der Verfolgung aussetzt (BVerwG, a.a.O. Rn. 26). Vielmehr kann bereits der unter dem Druck der Verfolgungsgefahr erzwungene Verzicht auf die Glaubensbetätigung die Qualität einer Verfolgung erreichen (BVerwG, a.a.O. Rn. 26 f.; Treiber in GK-AsylG, Stand August 2021, § 3a AsylG Rn. 88). Schon das Verbot der Teilnahme an religiösen Riten im öffentlichen Bereich kann eine Verfolgung darstellen, wenn der Verstoß dagegen die tatsächliche Gefahr der dort genannten Sanktionen und Konsequenzen heraufbeschwört. Kann Verfolgung somit schon in dem Verbot als solchem liegen, kommt es auf das tatsächliche künftige Verhalten des Asylbewerbers und daran anknüpfende Eingriffe in andere Rechtsgüter des Betroffenen (z.B. in Leben oder Freiheit) letztlich nicht an (BVerwG, a.a.O. Rn. 26).
- 25 Die Beurteilung, wann eine Verletzung der Religionsfreiheit die erforderliche Schwere aufweist, um die Voraussetzungen einer Verfolgungshandlung zu erfüllen, hängt von objektiven wie auch subjektiven Gesichtspunkten ab (vgl. Dörig in Dörig, Handbuch

Migrations- und Integrationsrecht, 2. Aufl. 2020, § 19 Nationales Asyl- und Asylverfahrensrecht, Rn. 38 ff.).

- 26 1.5.1 Objektive Gesichtspunkte sind insbesondere die Schwere der dem Ausländer bei Ausübung seiner Religion drohenden Verletzung anderer Rechtsgüter wie z.B. Leib und Leben. Die erforderliche Schwere kann insbesondere dann erreicht sein, wenn dem Ausländer durch die Teilnahme an religiösen Riten in der Öffentlichkeit die Gefahr droht, an Leib, Leben oder Freiheit verletzt, strafrechtlich verfolgt oder einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung unterworfen zu werden. Bei strafrechtsbewehrten Verboten kommt es insoweit maßgeblich auf die tatsächliche Strafverfolgungspraxis im Herkunftsland des Ausländers an, denn ein Verbot, das erkennbar nicht durchgesetzt wird, begründet keine erhebliche Verfolgungsgefahr (BVerwG, a.a.O. Rn. 28 m.w.N.). Handelt es sich um sonstige Eingriffe oder sonstige Beeinträchtigungen im Sinne von § 3a Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Abs. 2 AsylG, wie etwa die Diskriminierung beim Zugang zu Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen oder berufliche oder wirtschaftliche Einschränkungen, müssen sie in ihrer kumulierten Wirkung einer schwerwiegenden Verletzung grundlegender Menschenrechte gleichkommen bzw. existenzgefährdend sein (BVerwG, a.a.O. Rn. 34, 36; Dörig, a.a.O. Rn. 44 f.; kritisch Marx, AsylG, 10. Aufl. 2019, § 3a Rn. 17 ff.; vgl. auch Becker in von Mangoldt/Klein/Starck, GG, 7. Aufl. 2018, Art. 16a GG Rn. 39).
- 27 1.5.2 Relevanter subjektiver Gesichtspunkt für die Schwere der drohenden Verletzung der Religionsfreiheit ist der Umstand, dass die Befolgung einer bestimmten gefährlichen religiösen Praxis in der Öffentlichkeit für den Ausländer zur Wahrung seiner religiösen Identität besonders wichtig ist (BVerwG, a.a.O. Rn. 29 m.w.N.). Denn der Schutzbereich der Religion erfasst sowohl die von der Glaubenslehre vorgeschriebenen Verhaltensweisen als auch diejenigen, die der einzelne Gläubige für sich selbst als unverzichtbar empfindet. Es kommt auf die Bedeutung der religiösen Praxis für die Wahrung der religiösen Identität des einzelnen Ausländers an, auch wenn die Befolgung einer solchen religiösen Praxis nicht von zentraler Bedeutung für die betreffende Glaubensgemeinschaft ist (BVerwG, a.a.O. Rn. 29 m.w.N.; B.v. 9.12.2010 – 10 C 19.09 – BVerwGE 138, 270 Rn. 43). Dem Umstand, dass die konkrete Form der Glaubensbetätigung (z.B. Missionierung) nach dem Selbstverständnis der Glaubensgemeinschaft, der der Schutzsuchende angehört, zu einem tragenden Glaubensprinzip gehört, kann dabei eine indizielle Wirkung zukommen. Maßgeblich ist aber, wie der einzelne Gläubige seinen Glauben lebt und ob die verfolgungsträchtige Glaubensbetätigung für ihn persönlich nach seinem Glaubensverständnis unverzichtbar ist

(BVerwG, U.v. 20.2.2013 a.a.O. Rn. 29). Der Maßstab, dass die Befolgung einer bestimmten religiösen Praxis zur Wahrung der religiösen Identität besonders wichtig ist, setzt nicht voraus, dass der Betroffene innerlich zerbrechen oder jedenfalls schweren seelischen Schaden nehmen würde, wenn er auf eine entsprechende Praktizierung seines Glaubens verzichten müsste (BVerwG, a.a.O. Rn. 30 m.w.N.). Jedoch muss die konkrete Glaubenspraxis für den Einzelnen ein zentrales Element seiner religiösen Identität und in diesem Sinne für ihn unverzichtbar sein. Es reicht nicht aus, dass der Asylbewerber eine enge Verbundenheit mit seinem Glauben hat, wenn er diesen – jedenfalls im Aufnahmemitgliedstaat – nicht in einer Weise lebt, die ihn im Herkunftsstaat der Gefahr der Verfolgung aussetzen würde. Maßgeblich für die Schwere der Verletzung der religiösen Identität ist die Intensität des Drucks auf die Willensentscheidung des Betroffenen, seinen Glauben in einer für ihn als verpflichtend empfundenen Weise auszuüben oder hierauf wegen der drohenden Sanktionen zu verzichten. Die Tatsache, dass er die unterdrückte religiöse Betätigung seines Glaubens für sich selbst als verpflichtend empfindet, um seine religiöse Identität zu wahren, muss der Asylbewerber zur vollen Überzeugung des Gerichts nachweisen (BVerwG, a.a.O. Rn. 30 m.w.N.). Die religiöse Identität als innere Tatsache lässt sich nur aus seinem Vorbringen sowie im Wege des Rückschlusses von äußeren Anhaltspunkten auf die innere Einstellung des Betroffenen feststellen. Dafür ist das religiöse Selbstverständnis eines Asylbewerbers grundsätzlich sowohl vor als auch nach der Ausreise aus dem Herkunftsland von Bedeutung (BVerwG, a.a.O. Rn. 31).

28 1.6 Das Verbot einer öffentlichen religiösen Betätigung als solches kann nur dann als hinreichend schwere Verletzung der Religionsfreiheit und damit als Verfolgungshandlung angesehen werden, wenn der Asylbewerber – über die genannten objektiven und subjektiven Gesichtspunkte hinaus – bei Ausübung der verbotenen öffentlichkeitswirksamen Glaubensausübung in seinem Herkunftsland tatsächlich Gefahr läuft, an Leib, Leben oder Freiheit verletzt, strafrechtlich verfolgt oder einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung unterworfen zu werden (BVerwG, a.a.O. Rn. 32; EuGH, U.v. 4.10.2018 – C-56/17 – NVwZ 2019, 634 Rn. 98; Dörig, Flüchtlingschutz wegen Eingriffs in die Religionsfreiheit, www.doerig.de/veroeffentlichungen/20.pdf, S. 1/7). Das bedeutet, dass die genannten Folgen und Sanktionen dem Ausländer im Herkunftsland mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit drohen müssen.

29 2. Im Anwendungsbereich des Art. 16a GG hat das Bundesverfassungsgericht den asylrechtlichen Schutz auf das religiöse Existenzminimum beschränkt (BVerfG, B.v. 1.7.1987 – 2 BvR 478/86, 2 BvR 962/86 – BVerfGE 76, 143/158 = juris Rn. 34;

BVerwG, U.v. 20.1.2004 – 1 C 9.03 – BVerwGE 120, 16 = juris Rn. 12 ff.; Gärditz in Dürig/Herzog/Scholz, GG, Stand Juli 2021, Art. 16a Rn. 217; Bergmann in Bergmann/Dienelt, Ausländerrecht, 13. Aufl. 2020, Art. 16a GG Rn. 30). Hiernach erreicht eine religiöse oder religiös motivierte Verfolgung die asylerbliche Schwelle, wenn die Religionsfreiheit Eingriffen und Beeinträchtigungen von einer die Menschenwürde verletzenden Schwere und Intensität ausgesetzt ist (vgl. BVerfG, B.v. 1.7.1987 a.a.O. Rn. 33). Dies ist der Fall, wenn die dem Herkunftsstaat zurechenbaren Maßnahmen auf die physische Vernichtung der Angehörigen einer religiösen Gruppe, vergleichbar schwere Sanktionen (z.B. Austreibung, Vorenthaltung elementarer Lebensgrundlagen) oder die Beraubung der religiösen Identität gerichtet sind, indem den Glaubensangehörigen z.B. unter Androhung von Strafen an Leib, Leben oder persönlicher Freiheit eine Verleugnung oder Preisgabe tragender Inhalte ihrer Glaubensüberzeugung zugemutet wird oder sie daran gehindert werden, ihren Glauben, so wie sie ihn verstehen, im privaten Bereich und unter sich zu bekennen. Die Religionsausübung im häuslich-privaten Bereich, wie etwa der häusliche Gottesdienst, aber auch die Möglichkeit zum Reden über den eigenen Glauben und zum religiösen Bekenntnis im nachbarschaftlich-kommunikativen Bereich, ferner das Gebet und der Gottesdienst abseits der Öffentlichkeit in persönlicher Gemeinschaft mit anderen Gläubigen dort, wo man sich nach Treu und Glauben unter sich wissen darf, gehören unter dem Gesichtspunkt der Menschenwürde wie nach internationalem Standard zu dem elementaren Bereich, den der Mensch als „religiöses Existenzminimum“ zu seinem Leben- und Bestehenkönnen als sittliche Person benötigt (vgl. BVerfG, B.v. 1.7.1987 a.a.O. Rn. 34 m.w.N.). Eingriffe in diese religiösen Betätigungsformen können nur gerechtfertigt sein, wenn etwa die besondere Art und Weise des Bekenntnisses oder der Glaubensbekundung in erheblich friedensstörender Weise in die Lebenssphäre anderer Bürger hinübergreift oder mit dem Grundbestand des *ordre public* nicht vereinbar ist (z. B. Witwenverbrennungen oder Kindesopfer). Weitergehende Verbote oder sonst eingreifende Maßnahmen würden die Grenze zur politischen Verfolgung grundsätzlich überschreiten; das gilt jedenfalls dann, wenn sie mit Strafsanktionen für Leib, Leben oder die persönliche Freiheit verbunden sind (BVerfG, a.a.O.). Glaubensbetätigungen in der Öffentlichkeit (*forum externum*), darunter auch die Missionierung, gehören nicht zum religiösen Existenzminimum (vgl. BVerwG, U.v. 20.1.2004 – 1 C 9.03 – BVerwGE 120, 16 = juris Rn. 12; Barden in Heusch/Haderlein/Fleuß/Barden, Asylrecht in der Praxis, 2. Aufl. 2021, § 3b AsylG, A III 4 Rn. 66). Eingriffe in den menschenrechtlich geforderten Mindestbestand der Religionsfreiheit führen allerdings nur dann zur Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung im Einzelfall, wenn der jeweilige Glaubensangehörige von ihnen auch selbst betroffen ist. Wird etwa die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe als solche unter Strafe

gestellt, ergibt sich eine Betroffenheit schon aus der bloßen Mitgliedschaft in dieser Gruppe. Werden hingegen lediglich bestimmte Verhaltensweisen, Äußerungen oder Bekenntnisse untersagt, so ist nicht ohne weiteres auch jedes einzelne Mitglied der Gruppe schutzbedürftig. Das ist vielmehr nur bei denjenigen Mitgliedern der Fall, die durch das Verbot auch selbst in ihrer religiös-personalen Identität betroffen sind. Dies hängt maßgeblich davon ab, wie der einzelne Glaubensangehörige seinen Glauben lebt. Innerhalb einer Religionsgemeinschaft können sich demnach durchaus für praktizierende oder eher am Rande stehende Gläubige Unterschiede ergeben (BVerwG, U.v. 20.1.2004 a.a.O. Rn. 13).

30 3. Im Rahmen der Beweiswürdigung ist die besondere Bedeutung des Grundrechts auf Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit zu beachten (BVerfG, B.v. 3.4.2020 – 2 BvR 1838/15 – NVwZ 2020, 950 = juris Rn. 34). Zwar unterliegt es im Ausgangspunkt der freien Beweiswürdigung gemäß § 108 Abs. 1 Satz 1 VwGO, auf welche Weise das Tatsachengericht sich die erforderliche Überzeugungsgewissheit vom Vorliegen der entscheidungserheblichen Tatsache verschafft, ob der Schutzsuchende eine verfolgungsträchtige religiöse Betätigung seines Glaubens für sich selbst als verpflichtend empfindet, um seine religiöse Identität zu wahren (BVerfG a.a.O. unter Bezugnahme auf BVerwG, U.v. 20.2.2013 a.a.O. Rn. 30 und B.v. 25.8.2015 – 1 B 40.15 – juris Rn. 14). Auch sind die Umstände, unter denen das Gericht die Überzeugung von dieser inneren Tatsache gewinnt, grundsätzlich einer abstrakt-generellen Verallgemeinerung nicht zugänglich. Es handelt sich stets um eine Frage des jeweiligen Einzelfalls (BVerfG, a.a.O. Rn. 24). Es bedarf in aller Regel der Gesamtschau einer Vielzahl von Gesichtspunkten, die Aufschluss über die religiöse Identität des Schutzsuchenden geben können, wie etwa die religiöse Vorprägung des Betroffenen und seiner Familie, Art und Umfang der Betätigung des Glaubens im Herkunftsland und in Deutschland wie z.B. die Teilnahme an Gottesdiensten, an Gebeten und am kirchlichen Leben, das Wissen über die Religion und die Kirche, die Bedeutung und Auswirkungen des Glaubens für bzw. auf das eigene Leben (vgl. BVerfG, a.a.O. Rn. 25 m.w.N. zu Konvertiten).

31 4. Nach Maßgabe dieser Grundsätze drohte den Klägern in der Russischen Föderation mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine staatliche Verfolgung aus religiösen Gründen. Sie gehören zu den Zeugen Jehovas, die ihren Glauben öffentlichkeitswirksam praktizieren, und waren aufgrund eines staatlichen Verbots ihrer Religionsgemeinschaft gezwungen, weitgehend auf die Ausübung ihres Glaubens, die für sie zur Wahrung ihrer religiösen Identität besonders wichtig ist, zu verzichten. Sie konnten ihren Glauben

zuletzt allenfalls heimlich betätigen und mussten bei Entdeckung beachtlich wahrscheinlich eine schwere Rechtsgutverletzung, insbesondere strafrechtliche Verfolgung und die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe, befürchten (§ 3 Abs. 1, § 3a, § 3b Abs. 1 Nr. 2, § 3c Nr. 1 AsylG). Die Situation der Zeugen Jehovas, die ihren Glauben aktiv praktizieren, hat sich seit der Ausreise der Kläger aus der Russischen Föderation nicht verbessert, so dass sie auch bei einer Rückkehr strafrechtliche und administrative Repressionen zu befürchten hätten.

- 32 4.1. Bei den moralischen Lehren, theistischen Überzeugungen und den Glaubenspraktiken der Zeugen Jehovas handelt es sich nach dem weiten Religionsbegriff gemäß § 3b Abs. 1 Nr. 2 AsylG ohne Zweifel um eine Religion (vgl. BVerfG, U.v. 19.12.2000 – 2 BvR 1500/97 – BVerfGE 102, 370; BVerwG, U.v. 17.5.2001 – 7 C 1.01 – NVwZ 2001, 924; Zillmann, Jehovas Zeugen aus religionswissenschaftlicher Sicht, Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, 2018, S. 15 f.).
- 33 4.2. Das Oberste Gericht der Russischen Föderation in Moskau hat die Zeugen Jehovas, denen in der Russischen Föderation rund 170.000 Personen angehören, mit Urteil vom 20. April 2017 als extremistische Gruppe eingestuft, die die Bürgerrechte sowie die öffentliche Ordnung bedrohe, ihnen sämtliche Aktivitäten auf russischem Territorium verboten und ihren Besitz beschlagnahmt (Auswärtiges Amt [AA], Lagebericht Russische Föderation vom 2.2.2021 in der Fassung vom 21.5.2021, S. 8; norwegische Facheinheit der Ausländerverwaltung für Landinformationen [Landinfo], Themenbericht Russland: Jehovas Zeugen vom 18.6.2021, S. 10). Von dem Verbot sind alle 395 Regionalverbände betroffen. Die Versammlungsgebäude (Königreichsäle) sind geschlossen und die Herstellung und Verteilung religiöser Druckwerke ist verboten (AA, Auskunft an VG Trier vom 27.1.2020, S. 6; Amnesty International [AI], Auskunft vom 6.8.2021, S. 4 f.). Die von den Zeugen Jehovas benutzte Neue-Welt-Übersetzung der Bibel und die Webseiten der Glaubensgemeinschaft werden von den russischen Behörden als extremistisch eingestuft und unterfallen daher ebenfalls dem Verbot (AA, Auskunft vom 6.4.2020 an den BayVGH, S. 5; Brit. Home Office, Country Policy and Information Note, Russia: Jehovah's Witnesses, April 2021, S. 7, 21; Schweizerische Flüchtlingshilfe [SFH], Russland: Zeugen Jehovas, 2.12.2020, S. 13).
- 34 Die Angehörigen der Glaubensgemeinschaft können für die Ausübung ihres Glaubens strafrechtlich verfolgt werden. Die russischen Behörden gehen gezielt gegen Einzelpersonen und deren Religionsausübung vor. Die Zahl der Betroffenen, gegen die strafrechtlich ermittelt wird, stieg laut der Nichtregierungsorganisation Memorial, die das

Auswärtige Amt für glaubwürdig erachtet, bis Sommer 2020 auf 333. 23 Zeugen Jehovas seien in Untersuchungshaft, 19 befänden sich im Hausarrest und acht seien zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, in einem Fall im Juni 2020 zu sechs Jahren und sechs Monaten (AA, Lagebericht vom 2.2.2021 i.d.F. vom 21.5.2021, S. 8). Nach aktuellen Erkenntnissen der norwegischen Ausländerverwaltung (Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 7) sind seit dem Verbot vom April 2017 65 Zeugen Jehovas in ganz Russland verurteilt worden, weil sie eine Aktivität für eine extremistische Organisation ausgeführt oder geleitet hätten, wobei ca. 430 weitere mit einer Anklage gegen sich konfrontiert waren oder sind. Nach eigenen Angaben der Glaubensgemeinschaft (<https://www.jw.org/de/nachrichten/rechtlich/nach-regionen/russland/zeugen-jehovas-im-gefaengnis/>, Stand 20.9.2021) befinden sich 53 Zeugen Jehovas in Untersuchungshaft bzw. sind sie zu Freiheitsstrafen verurteilt worden, stehen 26 weitere unter Hausarrest und dürfen 215 ihren Wohnort nicht verlassen. Gegen mindestens 358 Zeugen Jehovas im Alter von 20 bis 91 Jahren werde zurzeit strafrechtlich ermittelt. Von 2017 bis Sommer 2021 sind rund 1.000 Hausdurchsuchungen durchgeführt worden (österr. Bundesamt, Länderinformation der Staatendokumentation vom 10.6.2021, Russische Föderation, S. 67; AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 4: bis Anfang 2020 mehr als 780 Hausdurchsuchungen in mehr als 70 Städten; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 16: von 2017 bis 1.2.2021 ca. 1.296 Hausdurchsuchungen; vgl. ähnliche Zahlen von AI zu staatlichen Maßnahmen in der Auskunft an den BayVGH vom 6.8.2021, S. 1 f.). Ferner ist davon auszugehen, dass es darüber hinaus eine nicht unerhebliche Dunkelziffer nicht im Internet dokumentierter Fälle staatlicher Repressalien gibt. Dies konnten die in der mündlichen Verhandlung am 8. November 2021 in Parallelverfahren gehörten Kläger, die unter Vorlage von Fotos und schriftlichen Unterlagen weitere, nicht veröffentlichte Einzelschicksale von Glaubensangehörigen aus ihren Heimatgemeinden geschildert haben, glaubhaft vermitteln. Nach der Einschätzung von Amnesty International können Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation nicht mit einem fairen Verfahren rechnen, das minimalen rechtsstaatlichen Grundsätzen genügt (Auskunft vom 6.8.2021, S. 5). Im Zuge der staatlichen Maßnahmen ist es zu extrem belastenden Verhören, Bedrohungen, Folterungen und Misshandlungen gekommen (AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 6 f.; SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 9; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 16 ff.), was von russischen Behörden bestritten und nicht untersucht wird; Krankenhäuser weigern sich, die Verletzungen der Betroffenen zu dokumentieren (AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 6 f.). Daher kann insoweit nicht von vereinzelt, dem Staat nicht zurechenbaren Amtswalterexzessen ausgegangen werden (vgl. BVerfG, B.v. 5.3.2003 – 2 BvR 134/01 – DVBl 2003, 1260 = juris Rn. 16 f.).

35 Allein wegen ihrer Taufe drohen den Angehörigen der Zeugen Jehovas zwar keine staatlichen Maßnahmen (AA, Auskunft vom 6.4.2020 an den BayVGH, S. 1; SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 21 f.: jedenfalls geringes Risiko; AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 2). Art. 282.2 Abs. 2 des russischen Strafgesetzbuchs (RussStGB) stellt allein die aktive Teilnahme an den Aktivitäten einer öffentlichen oder religiösen Vereinigung, welche nach russischem Recht als extremistisch eingestuft worden ist, unter Strafe (bis zu sechs Jahre Freiheitsstrafe; vgl. BFA, Auskunft vom 2.3.2018, S. 2 f.). Bei der Strafverfolgung wird allerdings nicht zwischen der privaten und öffentlichen Teilnahme an Aktivitäten einer öffentlichen oder religiösen Vereinigung unterschieden. Russische Gerichte subsumieren unter den Begriff der Teilnahme auch religiöse Aktivitäten, die im privaten Bereich stattfinden, wie etwa häusliche Gottesdienste, Beten oder Bibellesungen (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 2; SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 22; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 24 f.). Das russische Bundesgesetz zur Bekämpfung extremistischer Aktivitäten definiert Extremismus vage als „Propaganda der Exklusivität, Über- oder Unterlegenheit einer Person aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Einstellung zur Religion“, ohne dass die Anwendung oder Befürwortung von Gewalt oder die Verbreitung von Hass vorausgesetzt wird (SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 5 f.). Jede Manifestation ihres Glaubens durch Zeugen Jehovas kann zur Durchsuchung ihrer Wohnungen, zu langer Haft, strafrechtlicher Verfolgung und Inhaftierung führen. Als Beweise für „kriminelles“ Verhalten in durchgeführten Strafverfahren genügen gewöhnliche Aspekte des gemeinschaftlichen religiösen Lebens, einschließlich des Bibellesens bei einer Bibelstudiensitzung, der Teilnahme an einer Gottesdienstveranstaltung oder der Aufnahme von Menschen in der eigenen Wohnung für Bibellesungen oder Gottesdienste (SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 10; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 24 f.). Amnesty International sind Fälle bekannt geworden, in denen Zeugen Jehovas allein aufgrund ihrer privaten Glaubensausübung mit staatlichen Maßnahmen überzogen worden sind (Auskunft vom 6.8.2021, S. 2 f.). Auch der Umstand, dass sich von 430 Anklagen gegen Zeugen Jehovas (bis 1.2.2021) ungefähr 85 gegen Frauen richten (Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 25), die in der Glaubensgemeinschaft keine Führungsfunktionen wahrnehmen (<https://www.jw.org/de/jehovas-zeugen/oft-gefragt/frauen-predigerinnen>), kann als Indiz dafür gewertet werden, dass das Risiko staatlicher Maßnahmen nicht funktionsabhängig ist. Das Auswärtige Amt berichtet ebenfalls, dass es seit der Einstufung der Zeugen Jehovas als extremistische Organisation mehrere Strafverfahren gab, in denen Anhänger der Zeugen Jehovas aufgrund privat gehaltener Veranstaltungen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden sind. In deren Rahmen ist auch unter

Einsatz von V-Männern, Video- und Audioüberwachung ermittelt worden und es sind Wohnungen durchsucht worden (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 2; AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 3).

- 36 Allerdings erhöhen eine herausgehobene Funktion in der Glaubensgemeinschaft wie die eines Ältesten oder Dienstadtgehilfen, aber auch die Verbindung zum Verwaltungszentrum in Sankt Petersburg oder die Gründung einer regionalen Gemeinde, sowie die sichtbare bzw. öffentliche Ausübung des Glaubens, z.B. das Missionieren oder die Bereitstellung der eigenen Wohnung für religiöse Zusammenkünfte, das Risiko einer Strafverfolgung und härterer Strafen (AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 6; SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 23 f.; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 24 ff.). Die öffentliche Glaubensausübung, wie missionarische Aktivitäten, die in der Regel, unabhängig von einer bestimmten Stellung in der Glaubensgemeinschaft, eine entsprechende Maßnahme auslöst (AA, Auskunft an VG Trier vom 27.1.2020, S. 3), fällt unter die Teilnahme an Aktivitäten einer als extremistisch eingestuften Organisation (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 3). Die missionarische Tätigkeit kann zudem unter Art. 282.2 Abs. 1.1 RussStGB fallen, der das Rekrutieren von Mitgliedern für eine als extremistisch eingestufte Organisation verbietet. Hierfür ist ein höherer Strafrahmen von bis zu acht Jahren Freiheitsstrafe vorgesehen (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 3). Art. 282.2 Abs. 1 RussStGB sieht für die Organisation von Aktivitäten einer als extremistisch eingestuften Organisation eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren vor. Von dieser Vorschrift haben russische Strafgerichte bereits Gebrauch gemacht. So sind Angehörige der Zeugen Jehovas, die leitende Aufgaben innerhalb der Glaubensgemeinschaft wahrnahmen, gemäß dieser Vorschrift zu Haftstrafen verurteilt worden (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 3 f.). Als extremistisch eingestuftes Material wie die Neue-Welt-Übersetzung der Bibel unterliegt gemäß Art. 13 Abs. 3 des Gesetzes zur Extremismusbekämpfung der Einziehung. Die Verbreitung einer extremistischen Schrift fällt nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes unter den Teilnahmetatbestand des Art. 282.2 Abs. 2 RussStGB, den russische Strafgerichte derzeit sehr weit auslegen. Zudem kann bei einer Verbreitung der Schrift im Rahmen der Missionierungstätigkeit eine Strafbarkeit nach Art. 282.2 Abs. 1.1 RussStGB gegeben sein. Auch wenn der bloße Besitz einer extremistischen Schrift nicht unter den Teilnahmetatbestand des Art. 282.2 Abs. 2 RussStGB fallen dürfte, könnte er als Beweis für eine strafbare Teilnahme an extremistischen Aktivitäten herangezogen werden (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 5 f.; vgl. auch SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 13 f.). Ferner können sich Anhänger der Zeugen Jehovas aufgrund der Einstufung als „extremistische Organisation“ nicht mehr auf Art. 59 Abs. 3 der Russischen Verfassung berufen, wonach jeder

russische Staatsbürger das Recht hat, den Wehrdienst durch einen alternativen Zivildienst zu ersetzen, wenn seine Überzeugungen oder seine Religion dem Wehrdienst zuwiderlaufen. Anwärter für einen Ersatzdienst müssen im Rahmen ihrer Antragstellung genau darlegen, warum ihnen eine Ausübung des Militärdienstes aus religiösen Gründen nicht möglich ist (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 6; vgl. auch AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 10).

- 37 In den Jahren 2019 und 2020 haben die russischen Strafverfolgungsbehörden die Verfolgung der Zeugen Jehovas in ganz Russland intensiviert (SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 6 unter Verweis auf Human Rights Watch, Escalating Persecution of Jehovah's Witnesses, 9.1.2020; AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 11; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 16, 19: 2020 doppelt so viele Verurteilungen [39] wie 2019 [18]), wobei gewisse regionale Unterschiede in der Verfolgungsintensität beobachtet wurden. In etwa 60 von 85 Regionen werden Strafverfahren durchgeführt, ohne dass sich jedoch ein bestimmtes geographisches Muster ausmachen ließe. In muslimisch besiedelten Gebieten wie Tschetschenien und Inguschetien leben keine oder allenfalls wenige Christen. In Irkutsk, aus dessen Gebiet lange keine Verfolgungen bekannt geworden sind (Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 27), ist es nach einem aktuellen Bericht der Glaubensgemeinschaft im Oktober 2021 ebenfalls zu Wohnungsdurchsuchungen und zur Misshandlung von zwei Ehepaaren gekommen (<https://www.jw.org/de/nachrichten/jw/region/russland/Zwei-Ehepaare-von...>). Die in der Vergangenheit wohl von den Provinzen ausgehende Verfolgung findet mittlerweile auch in Moskau und anderen größeren Städten statt (SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 14 f.; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 26 f.). Regionen, in denen Zeugen Jehovas vor der beachtlichen Wahrscheinlichkeit einer Verfolgung sicher sind, gibt es nach Einschätzung von Amnesty International nicht (AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 11).
- 38 4.3. Das mit einer Schließung sämtlicher Versammlungsstätten und Einziehung des Besitzes der Religionsgemeinschaft sowie mit schweren strafrechtlichen Sanktionen und sonstigen polizeilichen und administrativen Repressionen verbundene Verbot der Zeugen Jehovas stellt sich in objektiver Hinsicht als schwerwiegende Verletzung der Religionsfreiheit im Sinne der dargelegten obergerichtlichen Rechtsprechung dar. Diese Verfolgungshandlung greift unmittelbar in die Religionsfreiheit ein, weil sie die Betroffenen zum Verzicht auf die Glaubensausübung zwingt (vgl. Treiber in GK-AsylG, § 3a AsylG Rn. 87 f.). Die Möglichkeit öffentlicher Zusammenkünfte und sonstiger Glaubensmanifestationen ist weitgehend unterbunden worden. Das Betätigungsverbot

wurde und wird durch Strafverfolgung und begleitende Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen, Untersuchungshaft sowie administrative Maßnahmen und die davon ausgehende Abschreckung zunehmend durchgesetzt, was sich auch in dem erheblichen Vertreibungsdruck widerspiegelt, den es entfaltet hat. Seit April 2017 haben schätzungsweise 5.000 bis 10.000 Zeugen Jehovas die Russische Föderation verlassen (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 4; AI, Auskunft vom 6.8.2021, S. 8; SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 16). Die staatlichen Maßnahmen haben trotz der nicht unerheblichen Zahl der Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation (ca. 170.000) und der missionarisch-aktivistischen Ausprägung der Glaubensgemeinschaft (Schreiber in Theologische Realenzyklopädie, 2004, S. 661), die dem Einzelnen kontinuierlich religiöse Pflichten abverlangt (vgl. Utsch in Jehovas Zeugen, Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, 2018, S. 48 ff.), dazu geführt, dass öffentliche Glaubensmanifestationen seit 2019 nicht bekannt geworden sind. Angesichts der massiven Strafverfolgung durch russische Behörden bei praktizierter Glaubensausübung durch Anhänger der Zeugen Jehovas ist nach der Einschätzung des Auswärtigen Amts davon auszugehen, dass eine öffentliche Glaubensausübung wie das Missionieren derzeit kaum noch stattfindet (AA, Auskunft vom 6.4.2020, S. 5; SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 23; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 14). Auch Amnesty International hält die öffentliche Glaubensbetätigung für nahezu unmöglich, nachdem alle Gemeindegebäude geschlossen sind und die Erstellung und Verbreitung religiöser Schriften verboten ist (Auskunft vom 6.8.2021, S. 4).

- 39 Gegen eine effektive Strafverfolgung spricht nicht, dass sich die Zahl derjenigen, die strafrechtlich verfolgt wurden, im Verhältnis zur Gesamtzahl der aktiven Glaubensangehörigen noch in überschaubaren Größen bewegt. Zwar ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit der Zeugen Jehovas in der Russischen Föderation ihren Glauben trotz Angst vor Strafverfolgungsmaßnahmen weiterhin privat in den eigenen vier Wänden ausübt (vgl. SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 16; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 14). Dies deckt sich mit den glaubhaften Angaben, die mehrere Kläger am 8. November 2021 in Parallelverfahren vor dem Senat gemacht haben. Da sie allerdings weitestgehend auf öffentliche Glaubensbekundungen, insbesondere das Predigen an öffentlich zugänglichen Orten und das Missionieren, aber auch auf Versammlungen an öffentlich zugänglichen Orten verzichten, kann diese Zahl für die Feststellung einer beachtlichen Verfolgungswahrscheinlichkeit nicht den Ausschlag geben. Die ebenfalls unter Strafe stehende und offenbar noch weithin praktizierte Glaubensausübung in privaten Räumen dürfte den staatlichen Stellen oft unbekannt blei-

ben. Diese können davon nur erfahren, wenn sie entsprechende Beobachtungen machen oder Dritte dies anzeigen. Beobachtbare Anhaltspunkte für eine illegale Religionsausübung wie private Gottesdienstfeiern und das Lesen der Bibel sind – wenn sie nicht völlig fehlen – häufig nicht besonders auffällig oder eindeutig. So kann das Zusammenkommen mehrerer Personen in einer Wohnung verschiedene Gründe haben. Ferner treffen die Zeugen Jehovas Vorkehrungen gegen Entdeckung, indem sie sich in kleineren Gruppen an wechselnden Orten treffen oder ihre Aktivitäten ins Internet verlegen. Dass die strafrechtliche Verfolgung sich in Fällen privater Religionsausübung auf eine (noch) überschaubare Anzahl von Personen beschränkt, dürfte folglich daran liegen, dass sie unentdeckt geblieben ist; ferner aber auch daran, dass eine flächendeckende Überwachung einer ca. 170.000 Mitglieder starken Glaubensgemeinschaft und der Nachweis der begangenen Straftat die Strafverfolgungsbehörden vor Kapazitätsprobleme stellt (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 17). Auf derartige Probleme weist z.B. hin, dass die im Rahmen von Hausdurchsuchungen zahlreich Festgenommenen wegen Unterbringungs- und Ermittlungskapazitäten häufig wieder auf freien Fuß gesetzt werden (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 17). Allerdings sind keiner Quelle Anhaltspunkte dafür zu entnehmen, dass die russischen Behörden das gesetzliche Verbot der Glaubensgemeinschaft nicht oder nur halbherzig umsetzen. Soweit über Mutmaßungen berichtet wird, dass Gerichte ihre möglicherweise mangelnde Überzeugung vom kriminellen Tun der Gläubigen dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie die von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafen erheblich unterschreiten, sind die von ihnen verhängten Freiheits- und Geldstrafen immer noch so empfindlich hoch (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 19 f.), dass sie die Schwelle des § 3a Abs. 1 AsylG überschreiten. Zur Bewährung ausgesetzte Gefängnis- oder Geldstrafen werden teilweise von Hausarresten, Aufenthalts- und Reiseverboten, dem Verlust des passiven Wahlrechts und Meldeauflagen begleitet; Verurteilte werden häufig unter wirtschaftliche und finanzielle Aufsicht gestellt (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 20 f.). Es wird lediglich von einem Freispruch und der Einstellung von zwei Ermittlungsverfahren berichtet (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 20 f.). Es ist damit zu rechnen, dass im Laufe der Zeit mehr und mehr private religiöse Aktivitäten, an denen viele Zeugen Jehovas festhalten, bekannt werden und zur Einleitung von Strafverfahren führen.

- 40 4.4. Auch in subjektiver Hinsicht treffen das Betätigungsverbot und die zu seiner Durchsetzung angedrohten Sanktionen die Kläger schwer. Der Senat ist davon überzeugt, dass die besondere Glaubenspraktik der Zeugen Jehovas die religiöse Identität der Kläger prägt und für sie unverzichtbar ist.

- 41 Nach ihren glaubhaften Angaben, die durch die vorgelegten Bescheinigungen der russischen Versammlung der Zeugen Jehovas in B***** bestätigt werden, ist der Kläger seit 2005 getaufter Zeuge Jehovas und hatte in der Russischen Föderation eine herausgehobene Stellung als Ältester, während die Klägerin seit 2009 getaufte Zeugin Jehovas ist und als Verkündigerin tätig war. Vor dem Verbot sämtlicher Aktivitäten der Zeugen Jehovas in Russland im April 2017 haben beide Kläger ihren Glauben aktiv in einer Weise ausgeübt, die öffentlich sichtbar war und in die Öffentlichkeit hineingewirkt hat. Insbesondere haben sie, wie mit zahlreichen vorgelegten Fotos dokumentiert wurde, am Gemeindeleben sowie an Versammlungen im örtlichen Königsreichssaal teilgenommen und missioniert, eine gewisse Zeit als sog. Pioniere. Nach dem Verbot haben sie – so wie es auch in den Erkenntnisquellen allgemein beschrieben wird (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 14) – die öffentlich wahrnehmbare Glaubensbetätigung unter dem Druck der Verfolgungsgefahr aufgegeben, ihren Glauben abseits der Öffentlichkeit jedoch in angepasster Form weitergelebt und dabei das Risiko einer Strafverfolgung auf sich genommen. U.a. haben sie sich in Kleingruppen mit anderen Glaubensangehörigen getroffen und dazu trotz der damit verbundenen besonderen Gefahren regelmäßig ihre eigene Wohnung zur Verfügung gestellt. Sie haben weiter missioniert, wenn auch sehr vorsichtig. Der Kläger berichtete dazu, sie hätten fremde Personen nach sorgfältiger Auswahl „auch über Umwege“ angesprochen und ihren Glauben erst thematisiert, wenn sie ihr Gegenüber hätten einschätzen können. Vor dem Verbot hätte man an jeder Tür klopfen können, wenn man ein Gebäude gewählt habe. Nach dem Verbot hätten sie nur noch an ein bis zwei Türen geklopft und das Gebiet dann aus Angst davor verlassen, dass jemand die Polizei rufe. Broschüren hätten sie nicht mehr mitführen können, sondern nur noch eine Bibel auf ihrem Smartphone.
- 42 Ferner haben beide Kläger glaubhaft geschildert, dass bereits der erzwungene Verzicht auf öffentlich wahrnehmbare Versammlungen und das öffentliche Missionieren zu inneren Konflikten zwischen den Ansprüchen ihres Glaubens und ihrer persönlichen Furcht, auch vor einer Entziehung des Sorgerechts für ihre Tochter, geführt hat. U.a. hat die Klägerin dargelegt, dass sie Jehova eigentlich versprochen habe, als Pionierin nicht weniger als 70 Stunden im Monat zu missionieren, während sie aus Angst zuletzt monatlich nur noch vier bis sechs Stunden Predigtendienst geleistet habe. Sie habe es als „nicht richtig“ empfunden, dass sie sich beim Missionieren verstellt habe, u.a. indem sie Hosen getragen habe. Ihre Versammlungen hätten keinen festlichen Charakter mehr gehabt, sie hätten dort aus Furcht vor Entdeckung nicht mehr laut gesungen

und die Stimmung sei sehr angespannt gewesen. Sie seien „seelisch ausgehungert“. Darin kommt der Stellenwert, den die Glaubensausübung für die Kläger hat, deutlich zum Ausdruck. Diesen Eindruck haben die Kläger in der mündlichen Verhandlung nochmals bestätigt.

- 43 Ihr Vorbringen stimmt auch mit den vorliegenden Erkenntnissen zur Glaubenspraxis der Zeugen Jehovas überein und hält sich im Rahmen dessen, was andere Kläger aus den Parallelverfahren als für sie religiös verpflichtend geschildert haben. Die Zeugen Jehovas erachten die Teilnahme an Gebetsgruppen, Bibelstudien und den Predigt- und Missionsdienst als Teil ihrer religiösen Verpflichtungen (SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 20; Zillmann, Jehovas Zeugen aus religionswissenschaftlicher Sicht, a.a.O., S. 13 f.). Aktiv zu sein, ist ein natürlicher Bestandteil dessen, Zeuge Jehovas zu sein (Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 24). Nach dem Selbstverständnis der Glaubensgemeinschaft (<https://www.jw.org/de/jehovas-zeugen/oft-gefragt/was-glauben-zeugen-jehovas/>) zählen zu den wesentlichen jeweils aus der Bibel abgeleiteten und weltweit geltenden Bestandteilen des Dienstes für Gott das gemeinsame Gebet, Bibelstudium und Gespräch über den Glauben, der Gesang, das Predigen der „guten Botschaft vom Königreich“, die Hilfe an Bedürftige und die Leistung von Katastrophenhilfe, und der Bau und die Instandhaltung von Königreichssälen und anderer Gebäude, die für das weltweite biblische Bildungswerk genutzt werden.
- 44 Im Bundesgebiet haben die Kläger ihren Glauben, zuletzt unter pandemiebedingten Einschränkungen und nach den Vorgaben ihrer Glaubensgemeinschaft, wieder öffentlich wahrnehmbar betätigt. Sie nehmen an Treffen in russischer Sprache teil, die derzeit über Zoom stattfinden, und beabsichtigen, die nächstgelegenen Versammlungen in C*** aufzusuchen, sobald diese wieder aufgenommen werden. Gegenwärtig können sie nicht missionieren, indem sie von Haus zu Haus gehen, bemühen sich aber um die Ansprache anderer Personen auf schriftlichem Wege, u.a. indem sie Personen mit russischsprachigen Namen in Adress- und Telefonbüchern suchen und diese kontaktieren. Der Kläger hat in Deutschland wieder eine Position als Ältester, die Klägerin als Pionierin, d. h. als besonders aktive Verkündigerin (vgl. dazu Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 8). Der Senat hält es für glaubhaft, wenn die Kläger bekunden, bei einer Rückkehr in ihr Heimatland würden sie ihren Glauben trotz des Verbots weiter heimlich ausüben, aber nicht mehr öffentlich, weil die Gefahr zu groß sei. Der Verzicht auf diese Glaubensbetätigung, die nach alledem die religiöse Identität der Kläger prägt und für sie obligatorisch ist, ist ihnen nach den vorgenannten Maßstäben nicht zuzumuten.

- 45 4.5. Die Verfolgungsgefahr geht von der spezifischen Glaubensausübung aus, wie sie die Kläger und die meisten Zeugen Jehovas praktizieren, weil nur die getauften und aktiven Verkündiger als Mitglieder gezählt werden und damit wesentlich weniger Personen als die, die an Versammlungen oder dem Gedächtnismahl teilnehmen (Zillmann, Jehovas Zeugen aus religionswissenschaftlicher Sicht, a.a.O., S. 11, 13 f.; <https://www.jw.org/de/jehovas-zeugen/oft-gefragt/wie-viele-zeugen-jehovas/>; Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 10 f.). Wie bereits dargelegt, spricht die noch überschaubare Zahl der bisher strafrechtlich Verfolgten nicht gegen eine tatsächliche Gefahr, von Strafverfolgungsmaßnahmen betroffen zu werden.
- 46 Auch die Verwaltungsgerichte gehen überwiegend davon aus, dass den von dem Betätigungsverbot betroffenen, in den Fokus der Ermittlungsbehörden geratenen Angehörigen der Zeugen Jehovas landesweit in der Russischen Föderation mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Verfolgung droht, jedenfalls sofern sie aktiv und getauft sind (vgl. u.a. VG Stuttgart, U.v. 22.4.2021 – A 14 K 3523/20 – juris; VG Karlsruhe, U.v. 25.2.2021 – A 11 K 3943/17 – juris Rn. 40 ff.; VG Bremen, U.v. 28.8.2020 – 6 K 3654/17 – juris Rn. 23 ff.; VG Kassel, U.v. 29.7.2020 – 1 K 2836/18.KS.A – juris Rn. 33 ff.; VG Trier, U.v. 19.5.2020 – 1 K 5531/18.TR – juris Rn. 33 ff.; VG Berlin, U.v. 5.6.2019 – 33 K 771.17A – juris Rn. 23 ff.; VG Augsburg, U.v. 10.5.2019 – 2 K 19.30587 – juris Rn. 37 ff.; VG Stuttgart, U.v. 15.3.2019 – A 14 K 16637/17 – juris; VG Sigmaringen, U.v. 17.1.2019 – A 4 K 6178/16 – juris Rn. 34; VG Münster, Gerichtsbescheid v. 22.2.2018 – 2 K 1079/17.A – juris Rn. 17 ff.; VG Hamburg, U.v. 27.6.2018 – 17 A 2777/18 – juris Rn. 21 ff.).
- 47 Vor diesem Hintergrund kann offenbleiben, ob als Beweiserleichterung (Wittmann in BeckOK Migrations- und Integrationsrecht, Stand 15.10.2021, § 3 AsylG Rn. 35; Bergmann in Bergmann/Dienelt, AuslG, Art. 16a GG Rn. 46) auch die Annahme einer Gruppenverfolgung unter dem Gesichtspunkt eines staatlichen Verfolgungsprogramms, dessen Umsetzung bereits eingeleitet ist oder alsbald bevorsteht (vgl. BVerwG, U.v. 5.7.1994 – 9 C 158.94 – BVerwGE 96, 200 = juris Rn. 20), gerechtfertigt wäre. Auch ohne Feststellung einer konkreten Verfolgungsdichte kann hier in der Regel davon ausgegangen werden, dass ein (formal) geordnetes Staatswesen in der Lage ist, ein beschlossenes Verfolgungsprogramm auch tatsächlich umzusetzen (Wittmann, a.a.O. Rn. 35). Für diese Annahme spricht freilich einiges, auch wenn die staatlichen Maßnahmen in der Russischen Föderation nicht auf die physische Vernichtung und Ausrottung der Zeugen Jehovas oder ihre Vertreibung aus dem Staatsgebiet gerichtet sein

mögen, die das Bundesverwaltungsgericht im Urteil vom 5. Juli 1994 (juris Rn. 20) als Beispiele („das kann etwa der Fall sein, wenn...“) für ein staatliches Verfolgungsprogramm genannt hat, sondern „nur“ auf eine umfassende Beraubung der religiösen Identität durch drastische Strafverfolgungsmaßnahmen, die dem Individuum auch keinen Raum mehr für die Religionsausübung im häuslich-privaten Bereich, das Gebet und den Gottesdienst mit anderen Gläubigen sowie das Glaubensgespräch und -bekenntnis im nachbarschaftlich-kommunikativen Bereich mehr belassen. Hinzu kommt, dass der russische Staat die Bekämpfung der Zeugen Jehovas öffentlichkeitswirksam inszeniert und sie gezielt als gefährliche Extremisten und Spione für die westliche Welt darstellt (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 13, 17). Dies ist geeignet, einen eventuellen Rückhalt in der Bevölkerung oder bei einzelnen Behördenvertretern zu zerstören und ein allgemeines Klima der Denunziation zu schaffen. Für die Glaubensgemeinschaft handelt es sich insofern um eine „extreme Situation“, die das Bundesverwaltungsgericht mit den angeführten Beispielen umreißen wollte.

- 48 Ferner liegen bei den Klägern gefahrerhöhende individuelle Umstände vor. Der Kläger hatte bereits vor seiner Ausreise eine herausgehobene Position als Ältester und gehört damit zu den exponierten Zeugen Jehovas, die Strafverfolgungsmaßnahmen in besonderem Maße ausgesetzt sind. Er übt diese Funktion auch in Deutschland aus. Nach den Erkenntnissen von Landinfo waren zwei Drittel der 430 Personen, die bis Mitte Februar 2021 angeklagt wurden, Älteste. Ausgehend von 395 Gemeinden in der Russischen Föderation und zehn bis 20 Personen, die pro Gemeinde als Älteste oder Gründer registriert sind (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 13, 24, 26), ergibt sich daraus ohne Weiteres eine beachtliche Wahrscheinlichkeit der Strafverfolgung, zumal der Kläger nach seinen glaubhaften Angaben nur einer von vier Ältesten in seiner Gemeinde war und weitere gefahrerhöhende Umstände in der Bereitstellung der eigenen Wohnung für Versammlungen sowie der erhöhten Sichtbarkeit aufgrund (verheimlichter) missionarischer Tätigkeit liegen (vgl. Landinfo, Themenbericht vom 18.6.2021, S. 24; vgl. zu alledem auch SFH, Auskunft vom 2.12.2020, S. 23 f.). Es ist auch beachtlich wahrscheinlich, dass ein Strafverfahren gegen den Kläger auf die Klägerin erstreckt würde, da auch deren Glaubensbetätigung im Zuge der Ermittlungen offen zu Tage träte. Landinfo berichtet von derartigen Verfahren gegen Ehepaare, in denen beide Partner ihren Glauben aktiv ausgeübt haben (Themenbericht vom 18.6.2021, S. 26).
- 49 Damit ist den Klägern die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen.

- 50 5. Die gegen die Glaubensausübung der Zeugen Jehovas gerichteten Maßnahmen der russischen Behörden vermitteln den auf dem Luftweg eingereisten (vgl. Art. 16a Abs. 2 Satz 1 GG) Klägern auch einen Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigte gemäß Art. 16a Abs. 1 GG. Denn sie zielen auf die Beraubung der religiösen Identität ab, da sie im Sinne der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung (BVerfG, B.v. 1.7.1987 a.a.O. Rn. 34 m.w.N.) die Zeugen Jehovas daran hindern, ihren Glauben nach eigenem Verständnis auch im privaten Bereich und unter sich zu bekennen, insbesondere durch strafrechtliche Verfolgung der Gläubigen wegen privater religiöser Treffen, der Abhaltung häuslicher Gottesdienste, des Redens über den eigenen Glauben sowie des religiösen Bekenntnisses im nachbarschaftlich-kommunikativen Bereich. Wie unter 4. dargelegt, ist beachtlich wahrscheinlich, dass die Kläger in ihrem Heimatland durch die Art und Weise, wie sie ihren Glauben praktizieren, von derartigen repressiven staatlichen Maßnahmen betroffen sein werden.
- 51 6. Damit waren auch die verfügte Abschiebungsandrohung mit Ausreiseaufforderung und das befristete Einreise- und Aufenthaltsverbot rechtswidrig und aufzuheben.
- 52 7. Nachdem die Kläger mit ihren Hauptanträgen in vollem Umfang obsiegt haben, war über ihre Hilfsanträge nicht mehr zu entscheiden.
- 53 8. Die Kosten des Verfahrens in beiden Instanzen sind nach § 154 Abs. 1 VwGO von der Beklagten zu tragen. Gerichtskosten werden nach § 83 b AsylG nicht erhoben. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 167 Abs. 1 und 2 VwGO i.V.m. § 709 Satz 1 ZPO.
- 54 9. Die Revision ist nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des § 132 Abs. 2 VwGO nicht vorliegen.

Rechtsmittelbelehrung

Nach § 133 VwGO kann die Nichtzulassung der Revision durch Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig angefochten werden. Die Beschwerde ist beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (in München Hausanschrift: Ludwig-straße 23, 80539 München; Postfachanschrift: Postfach 34 01 48, 80098 München; in Ansbach: Montgelasplatz 1, 91522 Ansbach) innerhalb eines Monats nach Zustellung dieser Entscheidung einzulegen und innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung dieser Entscheidung zu begründen. Die Beschwerde muss

die angefochtene Entscheidung bezeichnen. In der Beschwerdebegründung muss die grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache dargelegt oder die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts, von der die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs abweicht, oder der Verfahrensmangel bezeichnet werden.

Vor dem Bundesverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten, außer in Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht eingeleitet wird. Als Prozessbevollmächtigte zugelassen sind neben Rechtsanwälten und Rechtslehrern an den in § 67 Abs. 2 Satz 1 VwGO genannten Hochschulen mit Befähigung zum Richteramt nur die in § 67 Abs. 4 Satz 4 VwGO und in §§ 3, 5 RDGEG bezeichneten Personen. Für die in § 67 Abs. 4 Satz 5 VwGO genannten Angelegenheiten (u.a. Verfahren mit Bezügen zu Dienst- und Arbeitsverhältnissen) sind auch die dort bezeichneten Organisationen und juristischen Personen als Bevollmächtigte zugelassen. Sie müssen in Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht durch Personen mit der Befähigung zum Richteramt handeln.

Eine Übermittlung elektronischer Dokumente ist unter den Voraussetzungen des § 55a VwGO i.V.m. der ERVV möglich. Für die in § 55d VwGO Genannten gilt unter den dort genannten Voraussetzungen die Pflicht zur elektronischen Übermittlung. Eine einfache E-Mail genügt nicht.

Dr. Borgmann

Peltz

Derpa